

Rußland vor einem neuen Umsturz?

Eine neue Umwälzung und der ehefte Sturz der Regierung angekündigt. — Britische Schilderung des russischen Chaos. — Kerenski und Merejew.

London, 9. Juni. (Reuter.)

Der „Morning Post“ wird aus Petersburg gemeldet: „Es stand schon, als Kriegsminister Kerenski nach der Front reiste, fest, daß Alexejew vom Petersburger Vertreterausschuß der Arbeiter und Soldaten, der noch immer einen ungesetzlichen Einfluß (beruht denn die Macht der provisorischen Revolutionsregierung auf Befehlen?) auf die russischen Angelegenheiten ausübt, entlassen werden würde. Durch die Einberufung eines allrussischen Kongresses hatte der Vertreterausschuß gehofft, wieder die ganze Macht in seine Hand zu bekommen. Trotzdem nimmt seine Macht ab. Die Bauern haben sich bereits geweigert am Kongreß teilzunehmen.

Die Mitglieder des Vertreterausschusses, die während der letzten Krise in die vorläufige Regierung aufgenommen wurden, haben den an sie geknüpften Erwartungen nicht entsprochen. Die Republiken Kronstadt und Schlüsselburg mißtrauen dem Ausschuß. Die Tätigkeit seiner Agenten hat sich als höchst gefährlich erwiesen.

Die Unruhen auf dem Lande nehmen fortwährend zu. Eine krankhafte Zerstörungswut hat die Menschen erfaßt, die sich u. a. darin äußert, daß Wälder angezündet werden.

Die Zeit für eine neue Umwälzung ist gekommen. (Diese enalische Ankündigung einer neuen Revolution ist wohl zu merken!) Die Regierung dürfte noch in dieser Woche wechseln.

Es sind jetzt genug verlässliche Truppen in Petersburg, um — wenn nötig — mit Gewalt allen übertriebenen Forderungen entgegenzutreten. In verschiedenen Teilen Rußlands ist dies bereits geschehen.“

Die Kerenski-Offensive.

Widersprüche gegen die Diktatur des kriegsrussischen Genossenführers.

Stockholm, 9. Juni.

Kriegsminister Kerenski wird neuerdings wieder von seinen Gegnern scharf angegriffen. So schreibt „Novaja Sijn“ zu seiner Erklärung im Arbeiter- und Soldatenrat, daß die Frage der Offensive eine strategische Frage sei und die einzige Aufgabe des Kriegsministers darin bestehe, das Heer kriegstüchtig zu machen.

Das Blatt fährt dann fort: Kerenski faßt zweifellos seine Aufgabe als Kriegsminister vollkommen richtig auf, jedoch muß man sagen, daß er weit davon entfernt ist, sich mit der Rolle des Kriegsministers zu begnügen. Er tritt nicht nur als Organisator, sondern auch als politischer Leiter auf. Wenn er das Heer auffordert, den Feind vom Boden des Reiches zu vertreiben, so ist das ein politischer Akt, der nicht im Programm der Koalitionsregierung vorgesehen ist. Kerenski ruft zur Offensive und ermahnt dadurch Millionen von Russen, ihr Leben zu opfern, wobei er versichert, er rufe sie nur zum „Kampf für die Freiheit“. Dies erklärt er, während die alten Vertreter mit den Verbündeten, die nur auf Gewalt und Annexionen abzielen, nicht nur nicht aufgehoben oder revidiert worden sind, sondern täglich von Kerenskis Kollegen in der Regierung bestätigt werden.

bis zur Rückkehr der Fahnenflüchtigen zu ihren Truppenkörpern entzogen.

Anarchistenaufzüge, Plünderungen, Straßenkämpfe!

Bern, 10. Juni.

„Morning Post“ berichtet aus Petersburg unter dem 2. Juni: 11.000 gut bewaffnete Anarchisten zogen in den letzten Tagen mit schwarzen Bannern viermal durch die Hauptstraßen. Abgesehen von kleineren Schießereien bei Nachtzeit blieben sie unbelästigt. Man erwartet aber ernstliche Ruhestörungen zum Pfingstfest und Allerheiligentag (10. Juni n. St.). Viele Petersburger Fabriken einschließlich der Munitionsfabriken sind geschlossen.

Die Lebensmittelnot in Petersburg wird beständig schlimmer. Viele Leute verbringen die Nächte vor den Läden auf mitgebrachten Matratzen. Ueber Petersburg schwebt infolge von Gerüchten über bevorstehende Durchsuchungen und Plünderungen eine bedrückende Atmosphäre.

In Riew, wo 3000 an die Front zurückkehrende Soldaten die Stadt geplündert haben, kam es, nachdem die Behörden schließlich eingeschritten waren, zu Straßenkämpfen.

Kronstadt beharrt auf seiner Selbständigkeit.

Die Petersburger Regierung droht mit radikalsten Maßnahmen.

Petersburg, 9. Juni. (Petersburger Tel.-Ag.)

Der Rat der Arbeiter- und Soldatendelegierten in Kronstadt hat an die provisorische Regierung folgende Erklärung gerichtet:

„Die infolge der Fragen der Minister Tseretelli und Skobelew in der Sitzung vom 6. Juni beschlossenen Antworten sind weder Aufklärungen noch Beschlüsse, sondern nur Antworten auf die von den Ministern oder vom Vollzugausschuß gestellten Fragen und nichts anderes. Der Rat der Arbeiter- und Soldatendelegierten hält den in der Entschlieung vom 29. Mai ausgesprochenen Standpunkt und die hierauf bezüglichen Aufklärungen vom 3. Juni aufrecht, die den lokalen Rat der Arbeiter- und Soldatendelegierten als einzige Behörde in Kronstadt anerkennen.“

Infolge dieser Erklärung hat die provisorische Regierung einstimmig es als unerlässlich angesehen, die radikalsten Maßnahmen zu ergreifen, um die Angelegenheit von Kronstadt zu bereinigen und zu diesem Zwecke beschlossen, eine Verlautbarung zu veröffentlichen, in der die Bürger von Kronstadt angewiesen werden, alle von der Regierung ausgehenden Befehle einspruchslos zu vollziehen und gleichzeitig bekannt gegeben wird, daß die Regierung dem Befehlshaber der Baltischen Flotte den Auftrag erteilt, sämtliche Schulschiffe von Kronstadt nach Bjorko und Trangsund zu den Sommermanövern aufzufahren zu lassen.

Die Größe der Enttäuschung in Petersburg erhellt daraus, daß das Blatt „Zwestija“, das Organ des Rates der Arbeiter- und Soldatendelegierten, noch tags zuvor in einem „Die Lehre von Kronstadt“ betitelten Leitartikel bereits versichert hatte, daß in Kronstadt die große Mehrheit der Stimmen die volle Autorität der provisorischen Regierung anerkannt habe: selbst iene